



DAS kümmert mich die Welt von morgen

Jugendbeteiligung im Strukturwandel

Studienbericht

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Kompetenzzentrum
Bildung im Strukturwandel
Netzwerkbüro Mitteldeutsches Revier



Deutsches
Jugendinstitut



Liebe Leserinnen und Leser,

seit Juli 2020 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Kompetenzzentrum Bildung im Strukturwandel. Es besteht aus drei Netzbüros, die in den Braunkohlerevieren im Rheinland, der Lausitz und in Mitteldeutschland verortet sind. Gemeinsames Ziel ist es, Bildung als wichtiges Thema des Strukturwandels in den Regionen zu verankern. Das Netzbüro Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland (BiSMit) begleitet das Mitteldeutsche Braunkohlerevier mit Analysen und Empfehlungen durch den Strukturwandel.

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse eines partizipativen Projektes mit Jugendlichen in einer mitteldeutschen Revierkommune vor. In diesem Projekt wurde untersucht, welche Zukunftspläne die Jugendlichen haben und wie sie sich in die Gestaltung des Strukturwandels einbringen können. Der Bericht erörtert die Grundlagen und Rahmenbedingungen für Jugendbeteiligung im Strukturwandel und stellt dar, welche inhaltlichen Handlungsfelder in kommunalen, aber auch landesweiten Beteiligungskonzepten aufzugreifen wären.

Zusammenfassend wird aufgezeigt, dass wichtige Aspekte des Strukturwandels überregional und kommunenübergreifend auftreten. Die Schlussfolgerungen gelten entsprechend unabhängig von der Perspektive einzelner Kommunen oder Reviere. Damit liefert dieser Bericht verwertbare Anhaltspunkte für die Beteiligung junger Menschen im Strukturwandel.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre!

Ihre Jenny Richter
Projektleitung
Netzbüro BiSMit

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Theoretischer Hintergrund zur Beteiligung von Jugendlichen	6
2.1 Rechtliche und politische Rahmenbedingungen für Jugendbeteiligung	6
2.2 Wo und wie kann Jugendbeteiligung stattfinden?	7
2.3 Qualitätskriterien für Jugendbeteiligung	8
2.4 Beteiligungsziele und Verwertung von Beteiligungsergebnissen	9
2.5 Bildung als Voraussetzung für Beteiligung	10
2.6 Empfehlungen aus dem aktuellen Diskurs über Jugendbeteiligung im Strukturwandel	11
3. Methode und Umsetzung des BiSMit-Partizipationsformats	13
3.1 Untersuchungsdesign	13
3.2 Charakterisierung des Landkreises Leipzig	14
3.3 Einbindung in Aktivitäten der Kommune	16
4. Ergebnisse	17
4.1 Handlungsfeld Digitalisierung	17
4.2 Handlungsfeld Bevölkerungsentwicklung	19
4.3 Handlungsfeld Mobilität	19
4.4 Handlungsfeld Energiewende und Klimaschutz	21
4.5 Handlungsfeld Familie und Soziales	22
4.6 Feedback und Entwicklungspotenzial – Jugend im Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommune	23
5. Fazit	25
6. Referenzen	29

1

Einleitung

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit. Zum Abbremsen der Erderwärmung braucht es nachhaltige Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Ein zentraler Aspekt dabei ist die Umgestaltung der Energiegewinnung. In den nächsten Jahren werden die letzten Kohlekraftwerke in Deutschland vom Netz gehen. Damit endet eine Zeit, die verschiedene Regionen bundesweit geprägt hat.

Das Mitteldeutsche Revier ist eine dieser Regionen, die über Jahrzehnte im Zeichen des Braunkohleabbaus stand. Die Zukunftsfragen, welche sich für die Menschen in der Region stellen, gehen weit über den Kohleausstieg hinaus. Sie beinhalten gesellschaftliche und individuelle Fragen: Wie wollen die Menschen in Zukunft leben? Bietet ihnen ihre Region die Möglichkeiten dafür? Können sie hier lernen und arbeiten, was sie möchten? Welche Versorgungs-, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten brauchen sie in ihrer Nähe? Und haben sie als Teil einer demokratischen Zivilgesellschaft die Möglichkeit, sich einzubringen?

Der erste Werkstattbericht des Kompetenzzentrums Bildung im Strukturwandel (KoBiS 2022) gibt Aufschluss über die drei Dimensionen des Strukturwandels – die Dekarbonisierung (Beendigung des Braunkohleabbaus, Energiewende), den demografischen Wandel und die digitale Transformation der Lebens- und Arbeitswelt. Dabei wird klar, dass das Thema Strukturwandel Megatrends betrifft, welche nur zum Teil auf regionaler oder kommunaler Ebene steuerbar sind.

Die politische Steuerung und Gestaltung des Strukturwandels findet zu weiten Teilen auf

Landes- und Bundesebene statt. Das Strukturstärkungsgesetz regelt die Förderungen über einen Bundes- sowie einen Landesarm. Entscheidungen über Entwicklungsmaßnahmen werden somit auf Steuerungsebenen getroffen, die oberhalb kommunaler Entscheidungshoheiten liegen (zur institutionellen Rahmung des Strukturwandels siehe auch Haunstein/Hoyer 2022).

Die Strukturstärkungsmaßnahmen zielen auf die Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort. Erfahrungen aus dem Strukturbruch der deutschen Wiedervereinigung wirken in den neuen Bundesländern bis heute nach. Entsprechend gilt es, Mitwirkung und die Abstimmung von Entscheidungen mit der Bevölkerung vor Ort zu realisieren.

Beteiligungsprozesse im Mitteldeutschen Revier wurden 2019/2020 durch die Zukunftswerkstätten der Innovationsregion Mitteldeutschland in den neun Revierkommunen durchgeführt (IRMD 2020). In Sachsen werden Förderentscheidungen in den regionalen Begleitausschüssen abgestimmt, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft mit beratendem Mandat eingebunden sind.¹ Ähnlich verhält es sich mit dem 2021 eingesetzten Revierausschuss in Sachsen-Anhalt, welcher als Kommunikationsplattform zwischen kommunaler Ebene und Landesebene dient.² Zudem wurde das Strukturentwicklungsprogramm Sachsen-Anhalt³ mit Akteurinnen und Akteuren der Region abgestimmt, wobei auch Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft mitwirkten.

Die Weichen, die heute für die Entwicklung der Region gestellt werden, beeinflussen besonders die Lebenswelt der heranwachsenden Generation.

Daher ist es wichtig, deren Vorstellungen und Ideen zu berücksichtigen. Unter Beteiligung junger Menschen aus allen drei Braunkohlerevieren (Mitteldeutsches Revier, Rheinisches Revier, Lausitzer Revier) fand 2021 ein als Planathon bezeichnetes Beteiligungsformat statt, in dem Vorschläge aus Sicht der Jugend für einen gelingenden Strukturwandel erarbeitet wurden (Balthasar u. a. 2022).

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse eines Jugendbeteiligungsprojektes des Netzbüros Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland (BiSMit) dar, welches 2022 im Landkreis Leipzig durchgeführt wurde. Die Ergebnisse werden mit denen weiterer Beteiligungsprozesse, z. B. dem Planathon⁴ verknüpft. Herausforderungen bei der

Beteiligung junger Menschen in Strukturwandelprozessen werden generalisiert und Möglichkeiten einer institutionalisierten Rahmung von Jugendbeteiligung im Strukturwandel auf kommunaler und regionaler Ebene aufgezeigt.

Kapitel 2 beschreibt die theoretischen Hintergründe für die Beteiligung von Jugendlichen und verbindet diese mit den Anforderungen an Beteiligungsansätze im Strukturwandel. Kapitel 3 widmet sich dem Beteiligungsansatz von BiSMit und beschreibt Ziele und methodisches Vorgehen. Das Kapitel 4 beleuchtet die Ergebnisse der durchgeführten Workshops. Schließlich fasst Kapitel 5 die zentralen Erkenntnisse der Untersuchung zusammen.

1) Zur Zusammensetzung der Regionalen Begleitausschüsse: https://www.strukturentwicklung.sachsen.de/download/Zusammensetzung_RBA.pdf.
 2) Zur Zusammensetzung des Revierausschusses: https://www.sachsen-anhalt.de/lj/politik-und-verwaltung/service/politik-aktuell/pressemitteilungen/?no_cache=1&tx_tsrssinclude_pi1%5Buid%5D=184252&tx_tsrssinclude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsrssinclude_pi1%5Bcontroller%5D=Base.
 3) https://strukturentwicklung.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Schulung/Strukturwandel/SEP/Strukturentwicklungsprogramm__Druckfassung__01.pdf.
 4) Der Planathon ist ein gemeinsames Projekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie den Bundesländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

2

Theoretischer Hintergrund zur Beteiligung von Jugendlichen

2.1 Rechtliche und politische Rahmenbedingungen für Jugendbeteiligung

Die Beteiligung junger Menschen ist Ziel auf verschiedenen politischen sowie juristischen Ebenen. So beinhaltet die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK 1989) mit Artikel 12 ein Beteiligungsrecht, welches Kindern die Äußerung und Berücksichtigung ihrer Meinung (angemessen und entsprechend Alter und Reife) zusichert. Dies bezieht sich auf alle das Kind berührenden Angelegenheiten wie auch auf die Gestaltung seiner Lebensumgebung. Die Europäische Union verfügt seit 2019 über eine EU-Jugendstrategie (EU 2018), welche demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement fördern soll. Dabei wurden elf Ziele formuliert, u. a. auch zur Beteiligung.

Ebenfalls im Jahr 2019 wurde die Jugendstrategie der Bundesregierung (BMFSFJ 2022a) mit dem Ziel verabschiedet, die Interessen und die Beteiligung junger Menschen zu stärken. Es gibt neun Handlungsfelder, u. a. Beteiligung, Engagement und Demokratie.

Beteiligung wird auch im Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) verankert. In § 8 heißt es: »Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.« Und in § 11: Angebote der Jugend-

arbeit sollen von den Jugendlichen »mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.« (SGB VIII 2022) Da die gestaltbare Lebenswelt junger Menschen eher punktuell im Bereich der Jugendhilfe liegt, sind für das Thema Strukturwandel weitere Beteiligungsrechte von Interesse.

Bezogen auf die Strukturwandelregionen hat das Bund-Länder-Koordinierungsgremium (BLKG) zur Umsetzung des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) beschlossen, Jugendbeteiligung explizit als Themenbereich für Sofortmaßnahmen zur Umsetzung des InvKGs aufzunehmen.⁵ Im Freistaat Sachsen existiert mit § 43a der Sächsischen Landkreisordnung (SächsLKrO 2022) bzw. § 47a der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO 2022) ein Rahmen für die Jugendbeteiligung, welcher besagt: »Der Landkreis soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll der Landkreis geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.« (SächsLKrO 2022). In Sachsen-Anhalt regelt § 80 des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA 2021) die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen, deren

Interessen bei Planungen und Vorhaben berührt werden. In Thüringen wird die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in § 26a der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung gefordert (ThürKO 2003).

Die hier angeführten rechtlichen Rahmenbedingungen variieren hinsichtlich der Aussagen, ob junge Menschen, insbesondere bei Jugendfragen (z. B. Angeboten der Jugendarbeit) oder allen gesellschaftlichen Entwicklungen, die sie früher oder später selbst betreffen, potenziell zu beteiligen sind. Der Strukturwandel betrifft als Quer-

schnittsthema verschiedene Lebensbereiche und besitzt lokale wie auch überregionale Bezugspunkte. Die Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung ihrer Region sollte daher nicht nur in Bezug auf lokale Jugendangebote realisiert werden, sondern auch gesellschaftspolitische Themen, wie z. B. den Strukturwandel, beinhalten. Die Herausforderung ist, Beteiligungsprozesse an bestehenden Qualitätskriterien auszurichten (siehe Kapitel 2.3).

2.2 Wo und wie kann Jugendbeteiligung stattfinden?

Für die Beteiligung von Jugendlichen eignen sich verschiedene Orte und vielfältige Formen. Die Servicestelle Jugendbeteiligung des Kinder- und Jugendrings Sachsen bietet dazu einen Überblick (KJRS 2019a, KJRS 2019b). Beteiligung fängt demnach bereits in der Familie an, wenn Kinder- und Jugendliche in Entscheidungen eingebunden werden. Auch in ersten außerfamiliären Betreuungseinrichtungen wie Kita und Hort können die Meinungen der Heranwachsenden bei Entscheidungen einbezogen werden. Hinzu kommen Bildungsorte wie Schule, Ausbildungsstätten oder Universität. Hier stehen mit Schülerrat, Gewerkschaften, Auszubildendenvertretungen oder Fachschaftsrat bereits Beteiligungsstrukturen zur Verfügung. Neben den formalen Bildungsinstitutionen bieten Jugendverbände, Vereine, Initiativen oder Freiwilligendienste Gelegenheit, sich einzubringen. Besondere Relevanz bei der Mitgestaltung erfahren zudem Institutionen in öffentlicher bzw. kommunaler Trägerschaft wie Angebote und Einrichtungen der Jugendarbeit (z. B. Jugendclubs) oder Hilfen zur Erziehung (z. B. Wohngruppen). Auf kommunaler Ebene bieten Jugendparlamente oder Jugendforen den passenden Rahmen für Beteiligungsmöglichkeiten. Schließlich finden sich Partizipationsorte auch auf Landesebene (z. B. Landesschülerrat) sowie Einzelprojekte auf Bundesebene (z. B. Planathon).

Als Formen der Beteiligung benennt der KJRS projektorientierte Ansätze, beispielsweise die Neugestaltung öffentlicher Plätze, sowie reprä-

sentative Formate wie Jugendparlamente oder Jugendbeiräte. Hinzu kommen anwaltschaftliche Funktionen, wie z. B. Jugendbeauftragte, die die Meinungen junger Menschen erfassen (z. B. durch Befragungen) und nach außen vertreten. Offene Formen der Beteiligung wie Jugendkonferenzen ermöglichen einen direkten Meinungsaustausch, auch unter Jugendlichen, die nicht in Vereinen oder Verbänden organisiert sind. Auch die Einbindung junger Menschen in Erwachsenengremien (z. B. Jugendvorstand in einem Verband) stellt laut KJRS eine relevante Beteiligungsform dar. Schließlich wird das Mittel der Beschwerde, auch im Bündnis mit anderen, als Möglichkeit der Einflussnahme genannt.

5) Beschlussvorlage Bund-Länder-Koordinierungsgremium-Leitungsausschuss vom 6.7.2022 TOP 4.2: Stärkung der Koordination der Jugendbeteiligung in der Region.

2.3 Qualitätskriterien für Jugendbeteiligung

Das BMFSFJ hat gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring und Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickelt. Dabei werden fünf handlungsübergreifende Qualitätsstandards definiert (BMFSFJ 2022b):

1. Beteiligung braucht förderliche, institutionelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
2. Beteiligung schließt alle jungen Menschen ein
3. Beteiligung braucht Qualifikation
4. Beteiligung ist transparent
5. Beteiligung wird überprüft

Die Qualitätsstandards werden für pädagogische Handlungsfelder (z. B. Schule, Familie, Jugendarbeit) sowie Beteiligungsebenen (Kommune, Land, Bund, EU/international) spezifiziert. Sie sind als Zielvorstellung zu verstehen, auf die bei der Umsetzung von Beteiligungsprozessen hingearbeitet wird. Partizipationsprojekte können demnach gestartet werden, auch wenn sich nicht von Beginn an alle Qualitätsmerkmale erfüllen lassen. Wichtig ist, die Beteiligungsziele nicht aus den Augen zu verlieren, Reflexion und Anpassungen im Beteiligungsprozess zuzulassen und Ergebnisse tatsächlich zu verwerten. Gleichzeitig kann Partizipation in Bildungskontexten zu Lernzwecken stattfinden, etwa in ausgewiesenen Planspielen.⁶ Daher sind Stufenmodelle (z. B. Straßburger/Rieger 2014), nach denen wirkliche Beteiligung Entscheidungsmacht beinhaltet, nur bedingt geeignet, die Bandbreite an Beteiligungsszenarien abzubilden. Zudem wird bei der Arbeit mit Jugendlichen auf die Herausforderung der zeitlichen Komponente von Planungsverfahren verwiesen. Auftretende Bearbeitungszeiten stehen kurzfristigen Beteiligungserfolgen häufig entgegen.

Qualitätskriterien für Jugendbeteiligung in der Kommune

Im Kontext der Jugendbeteiligung spielen Wirksamkeitserfahrungen eine wichtige Rolle für die Herausbildung mündiger Demokratinnen und Demokraten. Junge Menschen wie auch Erwach-

sene im Rahmen von Beteiligungsformaten nach Ideen und Meinungen zu fragen, ohne diese bei Entscheidungen ernst zu nehmen, kann Frustration und Politikverdrossenheit fördern. Insofern ist es nachvollziehbar, dass Beteiligungsverfahren abseits von Lernszenarien häufig mit dem Vorwurf der Scheinbeteiligung⁷ konfrontiert werden.

Besonders auf kommunaler Ebene können Veränderungen im Alltag junger Menschen sichtbar und erlebbar werden. Der vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Servicestelle Jugendbeteiligung herausgegebene Leitfaden Jugendbeteiligung in Kommunen (Pautzke 2016) benennt neun Kriterien für erfolgreiche Beteiligungsstrukturen auf kommunaler Ebene:

1. Jugendbeteiligung soll demokratisches Handeln fördern
2. Jugendbeteiligung soll tatsächliche Partizipation ermöglichen
3. Jugendliche benötigen Zugang zu Informationen bei entscheidungsrelevanten Themen
4. Jugendliche benötigen Selbstwirksamkeitserfahrungen, auch bei ergebnisoffenen Beteiligungsprozessen und nicht realisierbaren Ideen
5. Verwaltungsstrukturen müssen transparente Schnittstellen für Jugendbeteiligung bieten
6. Beteiligungsprozesse sollten Heterogenität und vielfältige Lebenslagen junger Menschen bewusst einbeziehen
7. Kommunikation mit Jugendlichen muss zielgruppengerecht erfolgen, sowohl bei der Wahl von Kommunikationskanälen als auch bei der Verständlichkeit von Sachverhalten
8. Besonders im ländlichen Raum können Beteiligungsformate den verbleibenden jungen Menschen eine Stimme geben und die Identifikation mit dem Wohnort stärken (Haltefaktor)

9. Beteiligungsformate sollten Wertschätzung und Anerkennung des Engagements vermitteln, unter den Jugendlichen und durch die Erwachsenen

Der Leitfaden für die kommunale Ebene integriert die übergreifenden Qualitätsstandards des BMFSFJ und schaut nochmals stärker auf die Möglichkeiten der Umsetzung in der Kommune. Dabei werden u. a. die benötigten Schnittstellen

zu Verwaltungsstrukturen, die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen sowie das Potenzial von Mitbestimmung im ländlichen Raum akzentuiert. Diese Aspekte spielen auch bei den Möglichkeiten zur Mitgestaltung des Strukturwandels eine wichtige Rolle (dazu ausführlicher Kapitel 2.6).

2.4 Beteiligungsziele und Verwertung von Beteiligungsergebnissen

Um die Ziele von Beteiligungsansätzen realistisch einzuordnen, ist es wichtig, deren Zweck und Reichweite zu bestimmen. Abseits von Lernszenarien haben Jugend- und Bürgerbeteiligung einen ähnlichen Auftrag. Sebastian Heer (2020) vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung beschreibt im Kontext des Lausitzer Strukturwandels drei Beteiligungsdimensionen:

- ▶ Eine nutzenmaximierende Dimension, welche die Passgenauigkeit von Entscheidungen an den Bedarfen der Bevölkerung erhöht
- ▶ Eine identifikatorische Dimension, welche auf das Engagement und die Mitwirkung des Einzelnen an einer gemeinsamen Gestaltung des Lebensumfelds abzielt
- ▶ Eine demokratische Dimension, welche demokratische Handlungskompetenzen der Bürgerschaft fördert, Vertrauen in die Legitimität von Entscheidungsstrukturen erhöht und letztlich zu einer Rückbindung von Entscheidungen an die Betroffenen beiträgt

Es geht also weniger um eine direkte Übertragung von Entscheidungen an Bürgerinnen und Bürger, also auch an Jugendliche, sondern um deren Prozessbeteiligung. Dabei können demokratische Willensbildung und Erfahrungen mit demokratischem Handeln dazu beitragen, das Vertrauen in Politik und Demokratie zu stärken.

Das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung analysierte im Rahmen eines BMBF-Projektes⁸ die Bedingungen für erfolgreiche Beteiligung

im Strukturwandel: Erstens müssen die Beteiligten von Beginn an das Ziel des Beteiligungsformates kennen, beispielsweise eine Förderentscheidung oder die Entwicklung einer Landesstrategie. Zweitens muss Beteiligung in das bestehende Institutionen- und Prozessgefüge eingebettet und je nach Thema und Entscheidungszuständigkeit auf kommunaler, regionaler oder Landesebene eingesetzt werden. Zum Dritten ist es von enormer Bedeutung, bei der Planung von Beteiligung von vornherein zu klären, was mit den Ergebnissen passieren soll und wie ein Beteiligungsergebnis zu gestalten ist (Heer 2021).

Doch welche Strukturwandelfragen eignen sich nun für die Beteiligung? Laut Heer (2020) macht Beteiligung vor allem Sinn für Entscheidungen über konkrete Fragen (beispielsweise Förderentscheidungen), weniger bei der Lösung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen. Entsprechende Projektideen und Entwicklungswünsche sind also

6) Ein Beispiel ist das Torfitz-Planspiel zum Strukturwandel des RIFS Potsdam <https://www.rifs-potsdam.de/de/torfitz>.

7) In der Studie Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier wird festgestellt, »dass bei dem angelaufenen Transformationsprozess die Möglichkeit der Einflussnahme und Mitgestaltung von breiteren Teilen der Bevölkerung – abgesehen von Beteiligungsformaten mit eher symbolischem Charakter – praktisch nicht gegeben ist« (Sander u. a. 2021, S. 5).

8) BMBF-Vorhaben »Transformationsprozess im Rahmen des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung in der sächsischen und brandenburgischen Lausitz« <https://transformation-lausitz.ioer.eu>.

am besten auf einer regionalen oder kommunalen Ebene zu realisieren. Für Partizipation im Kontext des Strukturwandels spricht sich Heer (2022) zu dem dafür aus, Jugend- und Bürgerbeteiligung miteinander zu verzahnen und Mitwirkungsmöglichkeiten erst einmal grundsätzlich zu institutionalisieren, bevor über Parallelstrukturen für Jugendliche und Erwachsene nachgedacht wird.

Die Auseinandersetzung mit den Dimensionen des Strukturwandels verdeutlicht, dass es dabei um Prozesse geht, die nur zum Teil auf kommunaler oder Kreisebene gesteuert werden können. Die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien zur Energieversorgung, die Verankerung von Digitalisierung in Bildungskonzepten oder die Steuerung von Zuwanderung benötigen landes- oder bundesweite Abstimmungsprozesse. Gleichzeitig wirkt sich die Gestaltung dieser Entwicklungsfelder auf das Leben der Menschen vor Ort aus. Zudem werden wichtige Bereiche wie schulische Infrastruktur oder ÖPNV auf kommunaler Ebene gesteuert.

Mit dem Projekt »Planathon – Jugend gestaltet den Strukturwandel« wurde im Jahr 2021 eine länder- und revierübergreifende Ideenwerkstatt initiiert, aus der ein Jugendgutachten mit sechs Handlungsempfehlungen und 57 Projektvorschlägen (Balthasar u. a. 2022) entstand. Dieses Werk wurde 2022 den Landesregierungen der Strukturwandelregionen übergeben. Der Erfolg des Planathons hängt davon ab, inwieweit die Ergebnisse tatsächlich beachtet werden. Dies ist bekanntlich ein zentraler Punkt der vom BMFSFJ herausgegebenen Qualitätskriterien für Jugendbeteiligung. Dazu gehört, dass Entscheidungsträgerinnen und -träger auf Landesebene transparent machen, ob und in welcher Form die Vorschläge und Ideen in Diskussionen und Beschlüssen berücksichtigt werden.

2.5 Bildung als Voraussetzung für Beteiligung

Bildung schafft die Voraussetzung für Beteiligungsprozesse. Die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung einer Region mitzuwirken, erfordert, dass sich die Menschen in der Region mit den Gegebenheiten vor Ort auseinandersetzen, sich über Wandlungsprozesse informieren und in die Lage versetzt wer-

Neben Angeboten konsultativer Mitwirkungsmöglichkeiten von Jugendlichen im Rahmen politischer Strukturwandelentscheidungen haben Projekte vor Ort einen großen Stellenwert für die Herausbildung demokratischer Handlungskompetenzen. Zudem tragen Vorhaben, die Jugendliche selbst mit umsetzen können, zur Identifikation mit der Region bei. Auf der lokalen Ebene wird Jugendbeteiligung auch generell am häufigsten praktiziert, unterstützt von Fachkräften und Fördermitteln. Wegweisend bei der Umsetzung von Projektideen, die von Jugendlichen im Kontext des Strukturwandels entwickelt werden, ist etwa das Projekt #Mission2038 der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, welches durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt gefördert wird. #Mission2038⁹ bietet jungen Menschen im Lausitzer Revier durch fachspezifische Expertise und finanzielle Förderungen Unterstützung bei der Planung und Umsetzung konkreter Ideen vor Ort. Im Mitteldeutschen Revier stehen niedrigschwellige¹⁰ Ansätze zur Umsetzung von Ideen aus der Perspektive von Jugendlichen noch am Beginn.

Im Freistaat Thüringen wurde 2022 das dreijährige Modellprojekt Jugend-Check¹¹ auf Landesebene gestartet. Im Fokus stehen jugendrelevante Gesetzesvorhaben. Die Umsetzung des Modellprojektes erfolgt durch die Servicestelle Mitbestimmung am Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Der Jugend-Check zeigt, dass eine Institutionalisierung von Jugendbeteiligung auf Landesebene auch praktisch umsetzbar ist. Aus dem Mitteldeutschen Revier ist der Landkreis Altenburger Land beteiligt.

den, an Gestaltungsprozessen zu partizipieren. Das umfasst das Wissen über Beteiligungsmöglichkeiten und Funktionsweisen demokratischer Strukturen, das Schaffen von Informations- und Entscheidungsgrundlagen sowie die Fähigkeit zur Reflexion über Verläufe von Beteiligungsprozessen.

Diese Kompetenzen lassen sich in formalen wie auch in informellen Bildungsbereichen fördern und durch praktische Anwendung in Beteiligungsprozessen erproben und vertiefen. Relevante Institutionen sind Schulen, Hochschulen und der Ausbildungsbereich. Mindestens genauso wichtig sind jedoch auch informelle und außerschulische Angebote (Initiativen und Projekte, Jugendhäuser, Museen, Medien etc.) in den Bereichen Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie politisch-kulturelle Bildung. Sie alle eint, dass die Bildungsangebote darauf auszurichten sind, den Teilnehmenden den Wert ihrer eigenen Meinung zu vermitteln und ihnen Selbstwirksamkeitserfahrungen zu verschaffen. Dadurch lässt sich sowohl die Partizipationsbereitschaft fördern als auch die Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld steigern. Beteiligungsrelevante Bildungsangebote lassen die Legitimität politischer Prozesse nachvollziehen und wirken demokratiefeindlichen Positionen entgegen.

2.6 Empfehlungen aus dem aktuellen Diskurs über Jugendbeteiligung im Strukturwandel

Das Potsdamer Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIS, bis 2022 IASS) untersuchte die Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher im Strukturwandel. Am Beispiel des Lausitzer Reviers wurden zentrale Herausforderungen identifiziert. Demnach besteht in Verwaltungen oftmals Unklarheit über Zweck, Funktionen und Mandate von Jugendbeteiligung. Zudem fehle es an Know-how, wie Beteiligungsformate zielgruppengerecht gestaltet werden können.¹² Oftmals geschieht Jugendbeteiligung auf lokaler Ebene, eine kommunenübergreifende Vernetzung findet kaum statt. Zudem wurde eine Lücke in Bezug auf regionale (kommunenübergreifende) Gremien erkannt, welche die Interessen Jugendlicher verbindlich berücksichtigen (Löw-Beer/Holz 2022).

Das RIS leitete drei Empfehlungen ab: Zum Ersten müssen die Bundesländer im Kontext von Strukturwandelprozessen die Meinungen von Kindern und Jugendlichen einbeziehen, unabhängig davon, ob sie umsetzbar sind oder nicht. Zum Zweiten wird ein Jugend-Check für alle Strukturwandelprojekte empfohlen, wonach junge Menschen in

Die Identifikation mit der Region kann auch bedingt als Haltefaktor wirken. Allerdings sind für Jugendliche eher praktische Fragen wie das Vorhandensein von Ausbildungs- oder Studienplätzen ausschlaggebend. Zudem spielen Bildungsangebote eine wichtige Rolle, die eine demokratische und weltoffene Kultur fördern. Nur so kann sich eine Region als attraktiv für die Zuwanderung von Fachkräften aus dem In- und Ausland präsentieren.

Die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in Verwaltungen und bei Trägern der Jugendhilfe zählt ebenfalls zu den Voraussetzungen für eine qualifizierte Begleitung von Beteiligungsprozessen.

Begleitausschüsse eingebunden werden oder Kriterien für Förderentscheidungen mitentwickeln. Drittens plädieren die Autorinnen und Autoren für regelmäßige Kinder- und Jugendkonferenzen, um dort Projektideen oder Entscheidungskriterien zu entwickeln und diese mit Entscheidungsträgern zu diskutieren (Löw-Beer 2021).

9) <https://mission2038.de>.

10) Projekte aus der Bürgerschaft lassen sich beispielsweise über die STARK-Förderrichtlinie umsetzen. Eine niedrigschwellige Nutzbarkeit durch Jugendliche besteht dabei nicht.

11) <https://www.jugend-check-thueringen.de>.

12) Die Analysen des RIS/IASS beziehen sich auf die Lausitz, geben jedoch übertragbare Hinweise für die Gestaltung von Beteiligung. Die Einbettung von Beteiligung in die Verwaltung ist zudem unter den Kommunen unterschiedlich ausgeprägt. Die Stadt Leipzig verfügt beispielsweise bereits über ein mit der Verwaltung verzahntes Jugendparlament sowie eine Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung. Das Jugendbeteiligungskonzept des Landkreises Leipzig wurde ebenso im Dialog mit Jugendlichen, Fachkräften aus der Jugendhilfe und Verwaltung erarbeitet.

Auch aus dem Planathon sind sechs Handlungsempfehlungen für die Mitwirkung junger Menschen bei der Gestaltung des Strukturwandels hervorgegangen, welche im Ergebnisbericht (Balthasar u. a. 2022) wie folgt verdeutlicht werden:

1. Es braucht eine nachhaltig strukturelle Verankerung von Jugendbeteiligung im Strukturwandelprozess mit institutioneller Unterstützung und Anbindung an politische Entscheidungsstrukturen (keine Alibi-Beteiligungsformate).
2. Der Strukturwandelprozess muss partizipativ, inklusiv, transparent, demokratisch und auf Augenhöhe gestaltet werden. Ein wichtiger Bestandteil dabei ist der Dialog mit den Menschen vor Ort.
3. Fördermittel müssen unbürokratisch, transparent, abgestimmt und zielgerichtet eingesetzt werden und an den Bedarfen der Menschen und Kommunen orientiert sein. Dabei bedarf es transparenter Auswahlkriterien und einer stärkeren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.
4. Die Kohleregionen müssen als grüne und innovative Industriestandorte sowie als attraktive Arbeits-, Ausbildungs- und Wohnorte gestärkt werden. »Von besonderem Interesse für Jugendliche ist die Stärkung von Bildung und Forschung in den Regionen. Denn Bildung und Forschung sind essenziell für Innovation und die Ausbildung von Fachkräften und damit für die Zukunftsfähigkeit der Regionen. Daher sollten auch Bildungsmaßnahmen durch das Strukturstärkungsgesetz förderfähig sein, was bislang nur unzureichend der Fall ist, weil Bildung Ländersache ist.« (Balthasar u. a. 2022, S. 28 f.)
5. Der ÖPNV muss regional und überregional ausgebaut werden, um ländliche Orte anzubinden und zu vernetzen sowie den Anschluss an die Metropolregionen und Oberzentren sicherzustellen.
6. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz müssen bei der Konzeptionierung und Umsetzung von Strukturstärkungsmaßnahmen ver-

pflichtend berücksichtigt werden. Naturschutz- zonen und ökologisch-nachhaltiger Tourismus sind zu gewährleisten.

Der aktuelle Diskurs verweist übereinstimmend auf die Notwendigkeit von Verbindlichkeiten und Institutionalisierungen. In Sachsen liefert die Landkreis- bzw. Gemeindeordnung mit den § 43a bzw. § 47a eine Vorgabe zur Beteiligung von Jugendlichen, wobei Strukturen zur Umsetzung dort nicht weiter spezifiziert werden.

Solange Beteiligungsstrukturen vorgeschrieben, aber nicht praktisch implementiert sind, fehlt es an einer vollständigen rechtlichen Absicherung für Entscheidungen auf kommunaler Ebene. Beschlüsse, die das Leben von Jugendlichen betreffen, könnten demnach angreifbar sein, wenn junge Menschen keine Chance hatten, sich dabei einzubringen.

3

Methode und Umsetzung des BiSMit-Partizipationsformats

3.1 Untersuchungsdesign

Seit 2021 erarbeitete der Landkreis Leipzig ein Jugendbeteiligungskonzept auf Kreisebene. BiSMit hat sich mit Untersuchungsergebnissen in diesen nachfolgend beschriebenen Prozess eingebracht und gemeinsam mit jungen Menschen regionale Entwicklungsmöglichkeiten analysiert.

Das Netzwerkbüro Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland arbeitet mit neun Revierkommunen in drei Bundesländern (Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen) zusammen. Für das Vorhaben, die Wünsche und Perspektiven junger Menschen im Rahmen eines Beteiligungsformats zu erfassen, wurde mit dem Landkreis Leipzig eine Kommune gewählt, in welcher der Strukturwandel besonders sichtbar ist. Die Orte, in denen BiSMit Ideenwerkstätten mit Schülerinnen und Schülern durchführte, liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zu den aktiven Tagebauen Vereinigtes Schleenhain und Profen sowie dem Kohlekraftwerk Lippendorf (siehe Charakterisierung des Landkreises Kapitel 3.2). Zudem wurden Anknüpfungspunkte an Verwaltungsstrukturen vor Ort gesucht, welche das Thema Jugendbeteiligung aktiv bearbeiten und Ergebnisse der Ideenwerkstätten in diese Arbeit integrieren können (mehr dazu in Kapitel 3.3).

Die von BiSMit durchgeführten Ideenwerkstätten hatten zum Ziel, Zukunftswünsche und -ängste der Jugendlichen zu erfassen, Handlungsfelder abzu-

leiten und zu klären, wo Bildung eine Rolle spielt. In einer ersten Phase entwickelten Jugendliche ab 14 Jahren im Rahmen von Schulprojekttagen Ideen, welche Möglichkeiten und Angebote ihnen im Landkreis wichtig wären, um künftig gut hier leben zu können. Im Fokus standen Fragen nach den Zukunftschancen in der Strukturwandelregion sowie auch Befürchtungen. Bei der Auswahl der Schulen wurde auf die Diversität von Bildungswegen geachtet. Die eintägigen Ideenwerkstätten fanden als Schulprojekttage im Beruflichen Schulzentrum Leipziger Land in Böhlen (Abschlussklasse), in der Oberschule »Frédéric Joliot-Curie« Pegau (9. Klasse) sowie im Evangelischen Gymnasium Lernwelten in Böhlen (8. Klasse) statt. Somit konnten vielfältige Einstellungen und Interessen erfasst werden. Dabei zeigten sich Unterschiede zu außerschulischen Beteiligungsprojekten auf freiwilliger Basis. Während Jugendparlamente beispielsweise eher interessierte Jugendliche aus Verbänden oder Jugendorganisationen der Parteien erreichen, spiegelten die Jugendlichen im Projekt eher den Querschnitt der Bevölkerung dieser Altersgruppe wider.

In einer zweiten Phase wurden die Ideen mit den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern im Landkreis gemeinsam diskutiert. Dies fand im Rahmen eines Dialogforums im September 2022 statt, welches in Kooperation von BiSMit



Abb. 1:
Zeitlicher Ablauf
des BiSMit-Beteiligungsformats

mit dem Landkreis Leipzig durchgeführt wurde. Das Ziel bestand dabei nicht in der Ableitung konkreter, mit den Jugendlichen umzusetzender Projektvorhaben, sondern in der Bestimmung von Interessengebieten und Handlungsfeldern, welche bei der Erarbeitung eines kreisweiten Jugendbeteiligungskonzepts (siehe Kapitel 3.3) berücksichtigt werden könnten.

Die Ideenwerkstätten wurden gemeinsam von BiSMit und der Servicestelle Jugendbeteiligung des Kinder- und Jugendrings Sachsen entwickelt. Das Konzept ähnelt der Methode der Zukunftswerkstatt (Jungk/Müllert 1997), wobei die Umsetzung auf den zeitlichen Rahmen eines Schultages angepasst wurde. Die Projekttag begannen mit der Klärung eines gemeinsamen Verständnisses über die Herausforderungen und persönlichen Bezüge zum Thema Strukturwandel. Dabei lieferte das BiSMit-Team anhand eines Pecha-Kucha-

Vortrags (20 Bilder wurden in jeweils 20 Sekunden erklärt) einen inhaltlichen Einstieg. In mehrstufigen Gruppenarbeiten verständigten sich die Jugendlichen daraufhin über Ideen, Lösungen und Entwicklungsvorschläge für die drei Strukturwandeldimensionen (siehe Abbildung 2).

Aus methodischer Hinsicht ist zu erwähnen, dass den Teilnehmenden der Workshops im Sinne der Ergebnisoffenheit nur wenige Vorgaben hinsichtlich der Richtung ihrer Ideen gemacht wurden. Den Rahmen für die Ideenfindung stellten lediglich die drei Dimensionen des Strukturwandels dar. Inwieweit die gesammelten Ideen auf kommunaler, regionaler oder überregionaler Ebene aufzugreifen wären und an welchen Stellen das Thema Bildung eine Rolle spielt, wurde im Zuge der Nachbereitung der Workshops analysiert.

3.2 Charakterisierung des Landkreises Leipzig

Warum wurden die Ideenwerkstätten im Landkreis Leipzig durchgeführt? Zur Umsetzung der Schulprojekttag wurde eine Kommune im Mitteldeutschen Revier gesucht, in welcher der Braunkohleabbau bis heute stattfindet und einsetzende Veränderungen quasi vor der Haustür erfahrbar sind. Im Landkreis Leipzig betreibt

die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft (MIBRAG) den Tagebau Vereinigtes Schleenhain, welcher das Kraftwerk Lippendorf versorgt, sowie den Tagebau Profen, welcher zu 25 Prozent im Landkreis Leipzig und zu 75 Prozent im benachbarten Burgenlandkreis liegt.

Ablauf der Ideenwerkstatt

Ziel/Inhalt	Methode
1 Was bedeutet Strukturwandel? Einführung in die drei Dimensionen	Input BiSMit Pecha-Kucha-Vortrag
2 Wie sind die Teilnehmenden selbst/ ihre Familien davon betroffen? → persönliche Beispiele	Diskussion in Kleingruppen, Kartenabfrage und Vorstellung der Beispiele in der Gruppe
3 Welche Befürchtungen und Erwartungen haben die Teilnehmenden im Hinblick auf die drei Dimensionen des Strukturwandels? • Energiewende und Klimaschutz • Bevölkerungsentwicklung • Digitalisierung	Diskussion in Kleingruppen, Kartenabfrage und Vorstellung der Befürchtungen und Erwartungen an Moderationswänden
4 Welche Ideen haben die Teilnehmenden für Lösungen und Entwicklungen in den drei Bereichen? • Energiewende und Klimaschutz • Bevölkerungsentwicklung • Digitalisierung	Worldcafé (themenzentrierte moderierte Tisch-Diskussionen mit Ergebnisdokumentation auf Pinnwandpapier)
5 Persönliche Handlungsmöglichkeiten. Was können die Jugendlichen selbst tun?	Diskussion in Kleingruppen, Kartenabfrage und Vorstellung der Beispiele in der Gruppe
6 Was passiert mit den Ergebnissen? Ausblick auf Folgeveranstaltung und Beteiligungskonzept	Input BiSMit und Fragerunde
7 Feedback zum Workshop	Feedback-Plakate und Stumme Diskussion

Abb. 2:
Ablauf der Ideenwerkstatt im BiSMit-Beteiligungsformat

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Kropp u. a. 2019) liegt der Anteil der Beschäftigten im Bereich Kohlebergbau/Elektrizitätserzeugung mit etwa 400 Mitarbeitenden bei 0,5 Prozent aller Beschäftigten im Landkreis. Ein tatsächlicher Strukturbruch im Mitteldeutschen Revier erfolgte bereits in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre, als von 60.000 Arbeitsplätzen noch etwa 5.000 vorhanden waren.

2022 lebten im Landkreis Leipzig 258.214 Menschen, die Arbeitslosigkeit lag 2020 bei 5,5 Prozent und das Durchschnittsalter lag 2021 bei 48 Jahren. Der demografische Wandel ist im Landkreis Leipzig nicht sehr stark ausgeprägt, die Bevölkerungszahl bewegt sich seit zehn Jahren auf konstantem Niveau. Dies ist eine Besonderheit in einer vom

Strukturwandel geprägten ländlichen Region. Die Ursache dafür liegt im Einzugsbereich der Stadt Leipzig. Der Landkreis Leipzig entwickelte sich zunehmend zum bezahlbaren und attraktiven Wohnstandort unweit von Leipzig. Die bereits abgeschlossenen Renaturierungen ehemaliger Tagebaue im Landkreis (Leipziger Neuseenland) bieten zudem ein hohes Freizeit- und Tourismuspotenzial.

3.3 Einbindung in Aktivitäten der Kommune

Ein weiterer Grund für die Auswahl des Landkreises Leipzig war die Möglichkeit, den Prozess und die Ergebnisse in Aktivitäten zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses 2022 einzubringen, der die Entwicklung eines Jugendbeteiligungskonzeptes auf Kreisebene vorsieht (L-IZ 2020). Im Rahmen dieser Konzepterarbeitung wurden seitens des Landratsamtes in verschiedenen Austauschformaten mit Jugendlichen und Fachkräften Themen, Ideen und Handlungsfelder für Jugendbeteiligungsmöglichkeiten erfasst. Die Ergebnisse der

BiSMit-Schulprojekttage wurden für die Konzeptentwicklung ebenfalls zur Verfügung gestellt. Insofern konnte das Beteiligungsformat in Entwicklungsprozesse der Verwaltungsebene eingebettet werden. Der Kreistag wird im Frühjahr 2023 über das Konzept abstimmen.

4

Ergebnisse

Im Rahmen der Workshops entstanden 33 Plakate und über 350 Moderationskarten mit Ideen zu den drei Themenbereichen. Die Ergebnisse wurden im Zuge der Workshop-Nachbereitung durch BiSMit in fünf Handlungsfelder zusammengefasst. Die Strukturwandeldimensionen wurden dabei durch die Schwerpunkte Mobilität und Familie sowie

Soziales ergänzt. Die Ergebnisoffenheit war ausdrücklich vorgesehen und somit finden sich zahlreiche Ideen und Vorschläge der Jugendlichen, die über die grundlegenden Dimensionen des Strukturwandels und somit die direkten Steuerungsmöglichkeiten des Landkreises hinausgehen.

4.1 Handlungsfeld Digitalisierung

Das Themenfeld Digitalisierung konnten die Jugendlichen ab 14 Jahren besonders stark mit ihrem Alltag verknüpfen. Geringe Internet-Bandbreiten auf dem Land und die technische Ausstattung in den Schulen waren oft genannte Themen. Wichtig war den Jugendlichen zudem, dass für digitale Anwendungen adäquate Nutzungskompetenzen vorhanden sein müssen. Dies betrifft sowohl Schule als auch Alltag und richtet sich an Schülerinnen und Schüler wie Lehrende. Auch bei den Themen Cybermobbing, Kinderschutz, Datenschutz, Überwachung und Fake News sehen die Jugendlichen Handlungsbedarf bzw. hohe Relevanz für die Zukunft. Erfahrungen aus den Corona-Lockdowns flossen ebenfalls in die Diskussionen ein, etwa in Bezug auf das Homeschooling.

Neben dem eigenen Schul- und Lebensalltag wurde das Potenzial von Digitalisierung und auch Automatisierung für weitere gesellschaftliche Bereiche aufgezeigt. Die digitale Unterstützung und Entlastung in Berufen, dezentrales mobiles Arbeiten, Vereinfachung von Arzt- und Ämtergängen oder digitale Beteiligung an politischen

Abstimmungen wurden als zukunftsrelevant angesehen. Im Einsparen von Ressourcen (beispielsweise Papier) sowie Zeit, die man anderweitig verwenden kann, wurde ebenfalls ein Vorteil gesehen. In einem waren sich die Jugendlichen einig: Nicht alles darf digitalisiert bzw. substituiert werden. Besonders soziale und pflegerische Berufe sollten weiterhin von Menschen ausgeführt werden. Digitalisierung kann hier unterstützend wirken, stellt aber keinen Ersatz für die menschliche Tätigkeit dar.

Die Liste der Zukunftswünsche zum Thema Digitalisierung wurde geclustert. Die nachfolgende Zusammenfassung nimmt die originalen Angaben der Jugendlichen auf.

Unterschiede zwischen den Teilnehmenden der drei Schulformen und Klassenstufen sind zum Großteil auf das Alter (8./9. Klasse vs. Abschlussklasse) zurückzuführen. Die jüngeren Schülerinnen und Schüler bewegten besonders geringe Bandbreiten für Streaming-Anwendungen, große Unterschiede in digitalen Kompetenzen der Lehrenden, Cybermobbing und Umgangsweisen im



Abb. 3:
Ideensammlung
im Handlungsfeld
Digitalisierung

Internet sowie Erfahrungen aus dem pandemiebedingten Homeschooling. In der Berufsschulklasse (teilweise hatten die Teilnehmenden bereits eigene Familien) kamen verstärkt Bedürfnisse nach vereinfachten digitalen Verfahren im Umgang mit Ärzten und Behörden, Erleichterungen in der Arbeitswelt sowie Entlastungen im Familienalltag (viele können online erledigt werden) zur Sprache.

Das Thema Bildung spielt in den Wünschen zur Digitalisierung in vielerlei Hinsicht eine Rolle, auch wenn es eher implizit benannt wurde. Es betrifft digitale Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrenden, mobiles Lernen, Datensicherheit sowie die Weiterentwicklung und Weiterbildung.

4.2 Handlungsfeld Bevölkerungsentwicklung

Eine weitere Dimension des Strukturwandels ist der demografische Wandel, im Beteiligungsprozess wurde in Abstimmung mit den Jugendlichen der Begriff Bevölkerungsentwicklung verwendet. Zu Beginn der Diskussion wurden in einem inhaltlichen Impuls die Prozesse der Alterung, die Abwanderungen von jungen Menschen sowie die Fachkräftesicherung thematisiert. Vor diesem Hintergrund sollten die Jugendlichen Kriterien bestimmen, welche die Region attraktiv für die eigene Zukunft machen (unter Berücksichtigung der oben genannten Spezifik, dass der Landkreis Leipzig nicht so betroffen wie andere Revierkommunen ist).

Relevant für die Bleibeperspektive ist nach Ansicht der Jugendlichen die lokale Verfügbarkeit von Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, aber auch Arbeitsplätzen. Auch die Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie, Wohnraum, medizinischen Diensten sowie ÖPNV sind zentrale Faktoren.

Die Entwicklung der Kommune sollte auf alle Generationen ausgerichtet sein, Kontakte untereinander stärken und die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht als Nebenschauplatz begreifen. Auch die Förderung demokratischer

Kultur (beispielsweise durch Projekte für Toleranz und Weltoffenheit) wurde als bedeutsam wahrgenommen.

In den jüngeren Jahrgängen spielte das Thema Umwelt- und Naturschutz eine größere Rolle. Die Jugendlichen wünschten sich eine ruhige Umgebung ohne Kraftwerke, Industrie und Gewerbegebiete in der Natur. Zudem wurde der Wunsch geäußert, dass Freundinnen und Freunde in den nächsten (Schul-)Jahren vor Ort bleiben. In der altersgemischten Berufsschulklasse waren Betreuungsmöglichkeiten, Arbeitsplätze, finanzielle Unterstützungen für Maßnahmen der Energiewende sowie eine gleichwertige Entwicklung von Städten und ländlichem Raum von besonderer Relevanz.

Das Thema Bildung wurde direkt angesprochen, indem attraktive Bildungseinrichtungen vor Ort sowie formale und non-formale Bildungsangebote als notwendig angesehen werden. Dies betrifft auch das Vorhandensein guter Arbeitsplätze im Bildungs- und Erziehungsbereich sowie die Vermittlung moderner Bildungsinhalte. Auch weiche Standortfaktoren wie eine demokratische Willkommenskultur wurden benannt.

4.3 Handlungsfeld Mobilität

Neben der Bevölkerungsentwicklung und Vorstellungen in Bezug auf Energiewende/Klimaschutz benannten die Jugendlichen die Mobilität, sowohl hinsichtlich klimaneutraler Antriebe als auch der Anbindung des ländlichen Raums. Die Jugendlichen sprachen sich nachdrücklich für eine effiziente und günstige ÖPNV-Anbindung aus und bezüglich des Individualverkehrs sahen sie emissionsfreie Antriebe als zukunftsrelevant. Elektromobilität müsste weiter erforscht werden, um mit den bisherigen Vorteilen konventioneller Antriebe (Anschaffungskosten, Reichweite) mithalten zu können.

Jugendliche des beruflichen Schulzentrums (teilweise über 18 Jahre) thematisierten hohe Spritpreise und derzeit mangelnde Alternativen zum Auto, um auch im ländlichen Raum mobil sein zu können. Der Wunsch nach besseren

Bedingungen für den Radverkehr war besonders am Gymnasium ausgeprägt.

Das Thema Bildung spielte in diesem Kontext keine direkte Rolle. Gleichzeitig verdeutlichen die Wünsche und Ideen, dass es bei der breiten Umsetzung klimaneutraler Mobilität intensiverer Forschung und Entwicklung bedarf und ausgebildete Fachkräfte benötigt werden. Auf die Frage nach dem Interesse an beruflichen Perspektiven im Energiebereich gab es dagegen wenig Resonanz. Erst nach dem Beteiligungsprozess wurde bekannt, dass der Standort Böhlen eine Großansiedlung zur Herstellung von grünem Flugzeugkraftstoff erhält, wobei etwa 100 Industriearbeitsplätze entstehen, siehe LVZ 23.01.23. Hier könnten Bildungs- und Berufswege stärker unter den Jugendlichen bekannt gemacht werden.



Abb. 4:
Ideensammlung
im Handlungsfeld
Bevölkerungs-
entwicklung

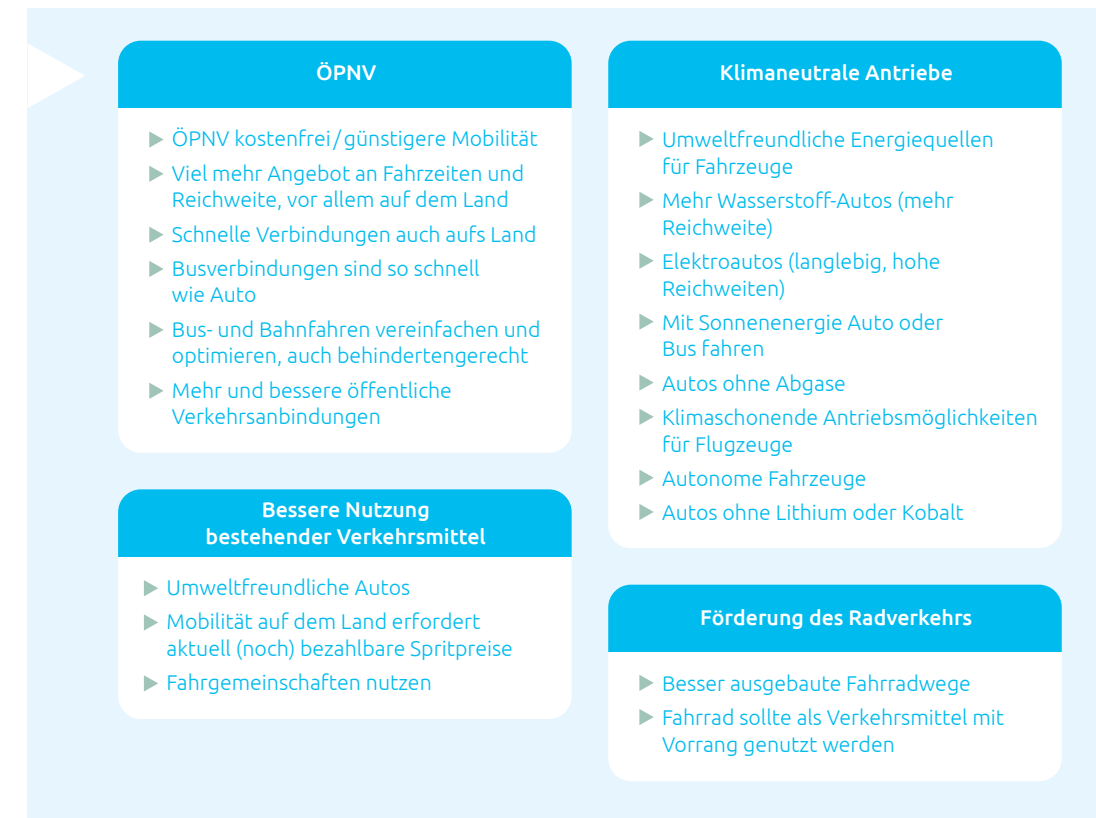


Abb. 5:
Ideensammlung
im Handlungsfeld
Mobilität

4.4 Handlungsfeld Energiewende und Klimaschutz

Das Handlungsfeld Energiewende und Klimaschutz mit den zentralen Herausforderungen Dekarbonisierung, 1,5-Grad-Ziel u. a. wurde als wichtige Dimension des Strukturwandels vorgestellt. Unabhängig von globalen Zielen, die nach Meinung der Jugendlichen schneller umgesetzt werden müssen, ließen sich zahlreiche konkreten Ideen auf regionaler Ebene umsetzen. Dazu zählt der Umstieg lokaler Unternehmen auf regenerative Energien, um die Kohleverstromung abzulösen.

Besonders die jüngeren Teilnehmenden verbanden Energiewende und Klimaschutz mit weiteren Umweltschutzthemen wie Pestizide in der Landwirtschaft, verschmutzte Gewässer, Tier- und Artenschutz, Müllvermeidung u. v. m. Ältere Jugendliche benannten mehr Themen wie Jobs durch neue Energiequellen, Unabhängigkeit von ausländischen Rohstoffen zur Energieerzeugung oder energieeffizientes Bauen und Wohnen.

Bildung spielte in den genannten Zukunftsvorstellungen insofern eine Rolle, dass diese sowie

die Aufklärung für umweltfreundliches Verhalten intensiviert werden sollten. Besonders die Umweltbildung, aber auch Aspekte von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wären dabei zu adressieren. Ein hoher Bedarf an Forschung und Entwicklung in Bezug auf grüne Energien und die Gewinnung/Qualifizierung entsprechender Fachkräfte wurden artikuliert.

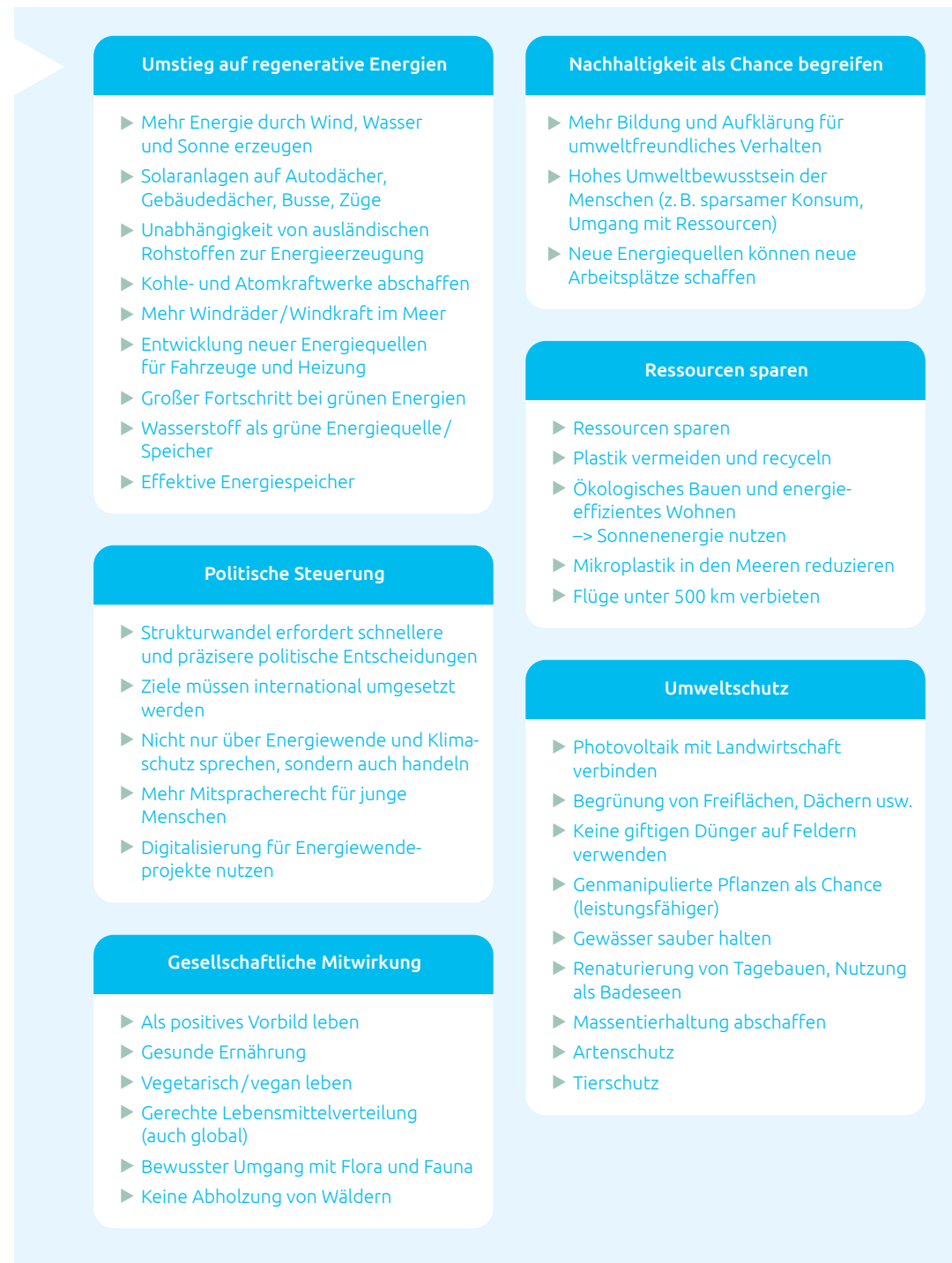


Abb. 6:
Ideensammlung
im Handlungsfeld
Energiewende und
Klimaschutz

4.5 Handlungsfeld Familie und Soziales

Bei der Auseinandersetzung mit den Themen Abwanderung, Überalterung und Attraktivität des Landkreises kamen zahlreiche Aspekte zur Sprache, die das Handlungsfeld Familie und Soziales generierten. Im Unterschied zu jüngeren Teilnehmenden brachten sich hier insbesondere Teilnehmende im jun-

gen Erwachsenenalter (Berufliches Schulzentrum), die auch zum Teil bereits Familien gründeten, ein.

Neben den bereits im Handlungsfeld Bevölkerungsentwicklung thematisierten Bildungs-, Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen rückte hier noch-



Abb. 7:
Ideensammlung
im Handlungsfeld
Familie und
Soziales

mals die Bedeutsamkeit der gesundheitlichen Versorgung vor Ort in den Vordergrund. Zudem nahm die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen wichtigen Stellenwert ein. Auch gesellschaftspolitische Fragen wie soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung sowie eine gelingende Integration sind wichtig für die Identifikation mit der Region.

Bildungsangebote in Form verfügbarer Bildungseinrichtungen wurden explizit thematisiert. Gleich-

zeitig wird deutlich, dass die angesprochene familienfreundliche Infrastruktur (Kinderbetreuung, Schulen, Freizeit, Sport, Kultur, Gesundheitswesen etc.) auf Arbeitskräfte angewiesen ist, die entweder in der Region qualifiziert wurden oder selbst auf familienkompatible Bedingungen für einen Zuzug setzen. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs erfordert entsprechend immer ein attraktives Entwicklungsumfeld für die ganze Familie.

4.6 Feedback und Entwicklungspotenzial – Jugend im Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommune

Wie in Kapitel 2 dargestellt, sind Feedback und Wirksamkeitserfahrungen wichtige Qualitätskriterien bei der Beteiligung von Jugendlichen. Die Partizipationsstudie konnte in einen laufenden

Prozess eingeordnet werden – die Erarbeitung eines Beteiligungskonzepts entsprechend § 43a Sächsischer Landkreisordnung durch den Landkreis Leipzig (siehe Kapitel 3.2).

Die Ergebnisse wurden den Jugendlichen selbst sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kommune in einem Dialogforum im Beruflichen Schulzentrum Leipziger Land bei einem moderierten Posterrundgang vorgestellt und nachfolgend diskutiert (September 2022).

Beim Handlungsfeld **Digitalisierung** wurde von Verwaltungsseite berichtet, dass Beschaffungsverfahren bei der Ausstattung von Schulen mitunter zu lange dauern und angeschaffte Technik teilweise bei Nutzungsbeginn nicht mehr auf dem neuesten Stand ist. Ebenfalls wurde thematisiert, dass technische Lösungen im Rahmen der Digitalisierung von Schulen besser auf die Nutzungsanforderungen abgestimmt werden müssen (beispielsweise genutzte Lernsoftware läuft nicht auf angeschaffter Hardware). Vertreterinnen und Vertreter des Landkreises wiesen zudem darauf hin, dass der Landkreis als Arbeitgeber selbst Gestaltungsmöglichkeiten bei der digitalen Transformation besitzt, beispielsweise in der kommunalen Verwaltung.

In Bezug auf das Thema stabile **Bevölkerungsentwicklung** ergänzten Jugendliche Anforderungen, wie z. B. erforderliche bzw. noch nicht ausreichende Überbrückungsmöglichkeiten und Räume zwischen Schulschluss und Nachmittagsangeboten. Die Dezentralisierung von Schule, Wohnort und Freizeiteinrichtungen intensiviert dieses Problem im ländlichen Raum. Zudem wurde das Thema Jugendbeteiligung als Attraktivitäts- und Identifikationsfaktor erörtert. Dabei wurden niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten, das Einbeziehen in verantwortungsvollere Positionen, unkomplizierte Verwaltungsabläufe sowie geringere Hürden bei der Nutzung von Fördergeldern genannt. In der Diskussion über verfügbare und gewünschte Freizeitangebote stellte sich heraus, dass Informationen über bestehende Angebote besser vermittelt werden könnten, beispielsweise mithilfe einer zentralen Angebots-App. Zudem forderten die Jugendlichen mehr geschultes Personal in Jugendtreffpunkten, um stärker für Themen wie Diskriminierung oder Rechtsextremismus zu sensibilisieren.

Beim Thema **Mobilität** rückten insbesondere Herausforderungen des ländlichen Raums in den Mittelpunkt. Dabei ging es vor allem um die Passung von Angebot und Nachfrage. Taktungen im ÖPNV müssten besser auf den schulischen und

außerschulischen Alltag der Jugendlichen abgestimmt werden. Zudem sei das Potenzial der Verknüpfung von Verkehrsmitteln (beispielsweise Fahrradmitnahme) noch nicht ausgereizt. Ein überregionales Ticket (wie das 9-Euro-Ticket) würde den Alltag von Jugendlichen im ländlichen Raum zudem deutlich erleichtern. Weiterhin sprachen sich die Jugendlichen dafür aus, sichere Radverbindungen über Land zu schaffen.

Beim Thema **Energiewende und Klimaschutz** ließ die große Bandbreite der Ideen der Schülerinnen und Schüler (vgl. Kapitel 4.4) wenige Punkte offen, die ergänzt wurden. Entsprechend drehte sich die Diskussion darum, wie die Jugendlichen selbst aktiv werden können. Dies begann beim individuellen Verhalten (Recycling, bewussterer Konsum) und führte zur Frage nach politischen Einflussmöglichkeiten. Einerseits sprachen sich die Jugendlichen für eine Absenkung des Wahlalters auf Bundesebene aus. Andererseits kam das Thema Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene erneut zur Sprache, wobei die Relevanz fester Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für diesen Bereich betont wurde. Schließlich wurde in den Diskussionen deutlich, dass mehr über Erfolge bei der nachhaltigen Entwicklung der Region gesprochen werden sollte, auch in den Kommunikationskanälen der Jugendlichen, insbesondere in den sozialen Medien.

Der Dialog zum Handlungsfeld **Familie und Soziales** drehte sich, ergänzend zu den Ideen aus Kapitel 4.5, um die Passung von Freizeitangeboten und dem Freizeitverhalten junger Menschen. Besonders während der coronabedingten Lockdowns haben junge Menschen den Kontakt zu Jugendeinrichtungen verloren. In diesem Zusammenhang wurde diskutiert, ob sich die Lebenswelten gewandelt haben und mehr Flexibilität in der Angebotsstruktur hilfreich wäre. Zur Stärkung der Mitsprache von Jugendlichen bei diesem und weiteren Themen wurde auf die Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen von Jugendparlamenten verwiesen.

Das Dialogforum schloss durch einen ausführlichen Überblick zum Inhalt und Stand des 2023 zu beschließenden Jugendbeteiligungskonzepts auf Kreisebene durch die verantwortliche Jugendhilfeplanerin.

5

Fazit

Strukturwandel ist auch ein Jugendthema

Die in Kapitel 2.1 dargestellten politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Jugendbeteiligung sehen Mitsprachemöglichkeiten in jenen Bereichen und bei Entscheidungen vor, die das Leben von Kindern und Jugendlichen betreffen. Das bedeutet nicht, dass ihnen Entscheidungen unmittelbar übertragen werden, sondern grundsätzlich Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen sind.

Die Gestaltung und Entwicklung des Lebensumfelds, also der Stadt, Gemeinde oder Kommune, gehören zweifelsfrei zu den Bereichen, die das aktuelle und spätere Leben junger Menschen prägen. Entsprechend sind Vorschläge zur Gestaltung des Strukturwandels immer auch Jugendthemen.

Strukturwandelthemen sind nicht nur für Kohlereviere von Bedeutung

Die Ideensammlungen entlang der Dimensionen des Strukturwandels (Dekarbonisierung, demografischer Wandel, Digitalisierung) verdeutlichen, dass der Braunkohleausstieg nur eines der Themen mit Handlungsbedarf darstellt. Die Umgestaltung der Energiegewinnung, eine nachhaltige Lebensweise, der Schutz von Natur und Umwelt, Innovationen im Bereich Mobilität, der Wandel von Lern- und Arbeitswelten durch digitale Technologien, die Steigerung der Attraktivität ländlicher Räume oder die Bedeutsamkeit sozialer Absicherung und gesellschaftlicher Integration sind Themen, die in den meisten Regionen der Bundesrepublik eine Rolle spielen.

Beteiligung der Zivilgesellschaft (inklusive der Jugend) im Kontext des Strukturwandels hat auch über die Kohlereviere hinaus ihre Berechtigung. Häufig stehen Beteiligungsansätze zum Thema Strukturwandel im Zusammenhang mit Förderkuliszen zum Kohleausstieg. Hier sollte der Blick dahingehend geweitet werden, dass Strukturwandel und Mitgestaltung auch über die Kohlereviere und deren spezifische Thematik des Kohleausstiegs hinaus zu denken sind.

1

2

3



Mitgestaltung des Strukturwandels auf mehreren Planungs- und Entscheidungsebenen

Mehrere Planungs- und Entscheidungsebenen gestalten den Strukturwandel. Zum einen bilden gesamtgesellschaftliche Prozesse den Kontext für kommunale Entscheidungen – wie die Entwicklung klimaneutraler Energien und Antriebe, eine nachhaltige Landwirtschaft, von Digitalisierung geprägte Lern- und Arbeitswelten oder die soziale Absicherung von Familien sowie unterschiedlicher sozialer und Altersgruppen. Beteiligungsprozesse auf Bundes- und Landesebene und der kommunalen Ebene unterscheiden sich also in Bezug auf die Konkretheit. In den Kommunen geht es um die konkrete Ausgestaltung der Lebensbedingungen vor Ort, beispielsweise in den Bereichen ÖPNV, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Berufsperspektiven, Netzausbau, Renaturierung, Radwege etc. Hier bestehen konkrete Schnittstellen zu kommunalen Gremien (Kommunalverwaltung, Stadtrat, Kreistag). Mitwirkungsmöglichkeiten auf regionaler Entscheidungsebene können durch die Einbindung junger Menschen in Gremien wie den regionalen Begleitausschüssen in Sachsen oder dem Revierausschuss in Sachsen-Anhalt geschaffen werden. Wichtig wäre dabei, Jugendbeteiligung verbindlich abzusichern.

4



Beteiligung braucht Institutionalisierung und Transparenz

Die Qualitätskriterien (Kapitel 2.3) und Handlungsempfehlungen (Kapitel 2.6) weisen übereinstimmend darauf hin, dass wirksame und verbindliche Jugendbeteiligung institutionalisierter Strukturen bedarf. Beteiligung muss von Beginn an Ziele benennen und transparent in Bezug auf die Ergebnisverwendung sowie Maßnahmenumsetzung sein.

Ziel sollte sein, bereits in Planungs- und Entscheidungsprozessen die Meinung junger Menschen einzubeziehen. Um dies transparent umzusetzen, werden verankerte Schnittstellen und Ansprechpersonen zwischen Jugendlichen und (kommunaler) Verwaltung benötigt. Wichtig aus Perspektive der Verwaltung sind dabei Methodenkompetenz, Wissen um die Aufgaben und Reichweite von Beteiligung, das Bereitstellen entscheidungsrelevanter Informationen sowie Transparenz darüber, inwieweit Positionen junger Menschen in Diskussionen und Entscheidungen aufgegriffen werden.

Gleichzeitig tragen institutionalisierte Mitsprachemöglichkeiten von Jugendlichen zur Rechtssicherheit kommunaler Entscheidungen bei, da diese Beteiligungsprozesse in Landkreis- und Gemeindeordnungen bzw. dem Kommunalverfassungsgesetz (siehe Kapitel 2.1) aufgenommen sind. Beteiligungsprozesse, die keine Aussicht auf eine Verwertung der Ergebnisse haben, sind zu vermeiden. Sie verhindern die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und laufen eher Gefahr, Politikverdrossenheit zu fördern.

Bildung ist eine Voraussetzung für Beteiligung

Die Mitwirkung an Beteiligungsprozessen setzt Wissen darüber voraus, wie Politik und Verwaltungsstrukturen arbeiten und welche demokratischen Rechte sowie Beteiligungsmöglichkeiten es gibt. Darüber hinaus bedarf es der Information über gesellschaftliche und regionale Entwicklungsprozesse, damit sich Jugendliche wie auch Erwachsene konstruktiv in Diskussionen einbringen können. Fähigkeiten und Kenntnisse zur Anwendung dieser Informationen werden im Rahmen formeller und informeller Bildungsangebote erlangt, erweitert oder ausprobiert (siehe auch Kapitel 2.5). Zugleich benötigen die Fachkräfte in den Verwaltungen und bei Trägern der Jugendarbeit einschlägige Kompetenzen zur Begleitung von Beteiligungsprozessen. Die kommunale Bildungslandschaft trägt somit maßgeblich dazu bei, Voraussetzungen für (Jugend-)Beteiligung zu schaffen.

Zukunftswünsche für die kommunale Bildungslandschaft

Im Rahmen der Partizipationsstudie wurden zahlreiche Erwartungen an die kommunale Bildungslandschaft ersichtlich. In Bezug auf die Schule kamen Wünsche hinsichtlich der technischen Ausstattung, aber auch die noch sehr unterschiedlich ausgeprägten Digitalkompetenzen der Lehrenden zur Sprache. Wichtig ist den Jugendlichen zudem eine Förderung von Kompetenzen im Bereich Digitalisierung, hier wurden Themen wie Datenschutz und Cybermobbing genannt.

Grundsätzlich wurde für ein enges Netz an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen im ländlichen Raum plädiert. Zudem wurde die Notwendigkeit attraktiver Beschäftigungsverhältnisse für pädagogisches Personal betont. Aus inhaltlicher Sicht wurden darüber hinaus Aspekte im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie der Demokratieförderung benannt.

Die Gedanken Jugendlicher um ihre beruflichen Perspektiven stehen in keinem engen Zusammenhang zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Beschäftigungsmöglichkeiten. Wichtig ist jedoch das Vorhandensein von Arbeitsplätzen in einer erreichbaren Umgebung. Hier gilt es, Angebote der Berufsorientierung auf die Gegebenheiten vor Ort und Anforderungen durch den Strukturwandel gut abzustimmen sowie deren Sichtbarkeit zu verstärken.

Auf gutem Weg zu kommunalen Jugendbeteiligungskonzepten

Die Beteiligung junger Menschen ist in den Landkreis- und Gemeindeordnungen oder dem Kommunalverfassungsgesetz als Soll-Bestimmung verankert. Der Landkreis/die Gemeinde soll geeignete Verfahren zur Beteiligung von Jugendlichen entwickeln und durchführen. Die Art und Weise der Umsetzung bestimmen die Kommunen selbst. Gleichzeitig plädieren Politik, Wissenschaft und Fachkräfte für

5

6

7

die Schaffung institutioneller Rahmenbedingungen. Der Landkreis Leipzig hat sich 2021 auf den Weg gemacht, ein Jugendbeteiligungskonzept auf Kreisebene zu entwickeln. Dies sieht feste Ansprechpersonen in der Verwaltung, Online-Sprechstunden, Jugendkonferenzen, Informationen über Social-Media-Kanäle sowie eine landkreisweite Jugendgruppe vor, die lokale Jugendbeteiligungsgremien vereint. Zudem wird die Möglichkeit geprüft, Planungen, die die Interessen von Jugendlichen betreffen, im Rahmen eines Jugend-Checks zu evaluieren.

Damit schlägt die Kommune einen Weg zur institutionalisierten Mitbestimmung durch junge Menschen ein. Das Konzept befindet sich zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts in der Abstimmung und soll im Mai 2023 durch den Kreistag beschlossen werden. Die Pläne des Landkreises lassen sich bereits jetzt als wegweisend für kommunale Jugendbeteiligungsansätze auffassen.

Das Thema Jugendbeteiligung im Strukturwandel in den Braunkohlerevieren erfährt zunehmend Aufmerksamkeit. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass verschiedene Bundes- und Landesministerien sowie Kommunen den Rahmen festlegen und auch Ressourcen für beteiligungsorientierte Projekte im Strukturwandel für die Zielgruppe Jugendliche bereitstellen. Beteiligungsansätze und -projekte dienen auch als Übungsfeld für demokratische Teilhabe. Jugendbeteiligung gelingt dann umfassend, wenn die Ideen der Jugendlichen tatsächlich von Verwaltung und Politik aufgegriffen und in naher Zukunft sichtbar umgesetzt werden.

6

Referenzen

BALTHASAR, LAURA/JANSEN, BERNWARD BENEDIKT/GOLLAN, MAREN (HRSG.) (2022):

Jugend gestaltet Strukturwandel – Jugendgutachten. https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Jugendgutachten_lang.pdf (abgerufen am 13.12.2022)

BMFSFJ – BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2022A):

Die Jugendstrategie der Bundesregierung. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/jugendbildung/jugendstrategie/jugendstrategie/jugendstrategie-der-bundesregierung-77406> (abgerufen am 13.12.2022)

BMFSFJ – BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2022B):

Mitwirkung mit Wirkung. Qualitätsstandards für Kinder- & Jugendbeteiligung. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/204010/d9be11a11f810ea712d5d650b3fc62b6/mitwirkung-mit-wirkung-qualitaetsstandards-fuer-kinder-und-jugendbeteiligung-data.pdf> (abgerufen am 03.02.2023)

EU – EUROPEAN UNION (2018): Official Journal of the European Union. Volume 61. [https://eur-lex.](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2018:456:FULL)

[europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2018:456:FULL](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2018:456:FULL) (abgerufen am 03.02.2023)

HAUNSTEIN, STEFAN/HOYER, TOM (2022): Strukturwandel braucht Bildung. Netzwerkbüro Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland. https://www.bismit.de/fileadmin/user_upload/pdf/Publikationen/BiSMit_Bericht_Strukturwandel_braucht_Bildung_gesamt_web.pdf (abgerufen am 13.12.2022)

HEER, SEBASTIAN (2020): Bürgerbeteiligung im Lausitzer Strukturwandel: Ziele und Ausgestaltung bürgerschaftlicher Teilhabe im Zuge des Braunkohleausstiegs. IZS Policy Brief – Kompaktanalysen & Politikempfehlungen Nr. 2. <https://doi.org/10.26084/06hc-t057>

HEER, SEBASTIAN (2021): Einbindung der Bürger in das Begleitausschussverfahren des Freistaates Sachsen. IZS Policy Brief – Kompaktanalysen & Politikempfehlungen Nr. 5. <https://doi.org/10.26084/xj6e-v165>

HEER, SEBASTIAN (2022): Strukturwandel und Bürgerbeteiligung. Interview des Berlin Institut für Partizipation. <https://www.bipar.de/strukturwandel-und-buergerbeteiligung/> (abgerufen am 13.12.2022)

IRMD – INNOVATIONSREGION MITTELDEUTSCHLAND (2020): Auswertung der Diskussionsergebnisse im Rahmen der Zukunftswerkstätten der Innovationsregion Mitteldeutschland im Zuge der Leitbilderstellung. https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/wp-content/uploads/2020/08/200525_IRMD_Zukunftswerkstaetten_Ergebnisbericht.pdf (abgerufen am 13.12.2022)

JUNGK, ROBERT/MÜLLERT, NORBERT (1997): Zukunftswerkstätten: Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München

KJRS – KINDER- UND JUGENDRING SACHSEN (2019A): Beteiligungsorte – Wo können junge Menschen Mitmachen, Mitreden, Mitgestalten. https://www.kinder-jugendbeteiligung-sachsen.de/wp-content/uploads/2020/05/2019_Beteiligungsformen_Infografik_WO.pdf (abgerufen am 13.12.2022)

KJRS – KINDER- UND JUGENDRING SACHSEN (2019B): Beteiligungsformen – Wie können junge Menschen Mitmachen, Mitreden, Mitgestalten. https://www.kinder-jugendbeteiligung-sachsen.de/wp-content/uploads/2022/03/2019_Beteiligungsformen_Infografik_WIE_v2.pdf (abgerufen am 13.12.2022)

KOBIS – KOMPETENZZENTRUM BILDUNG IM STRUKTURWANDEL (2022): Strukturwandel und Bildung. https://www.bismit.de/fileadmin/user_upload/pdf/Publikationen/KoBiS_Werkstattbericht_Ausgabe_1.pdf (abgerufen am 13.12.2022)

KROPP, PER/SUJATA, UWE/WEYH, ANTJE/FRITZSCHE, BIRGIT (2019): Kurzstudie zur Beschäftigungsstruktur im Mitteldeutschen Revier. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Regional 1/2019. Nürnberg

KVG LSA – KOMMUNALVERFASSUNGSGESETZ SACHSEN-ANHALT (2021): <https://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/bsst/document/jlr-KomVerfGST2014V10IVZ> (abgerufen am 20.02.2023)

LIZ – LEIPZIGER INTERNETZEITUNG (19.09.2020): Grüne stellen Antrag für mehr Jugendbeteiligung im Landkreis. <https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2020/09/Gruene-stellen-Antrag-fuer-mehr-Jugendbeteiligung-im-Landkreis-349807> (abgerufen am 13.12.2022)

LÖW-BEER, DAVID/ANDERS, CHRISTOPH/DONATH, PHILIPP/LUH, VICTORIA/RINGLER, DOMINIK/ROCHER, MICHAEL (2021): Kinder- und Jugendbeteiligung im Lausitzer Strukturwandel. Anschlussfähige und rechtskonforme Wege für eine gelingende Partizipation. IASS Policy Brief (November 2021), Potsdam, DOI: 10.48481/iass.2021.039 https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_6001319_4/component/file_6001320/content (abgerufen am 13.12.2022)

LÖW-BEER, DAVID/HOLZ, VERENA (2022): Jugendbeteiligung, Demokratiepädagogik und Nachhaltigkeit. Konzeptuelle Überlegungen sowie Herausforderungen und Lösungs-

ansätze aus dem Strukturwandel in der Lausitz. In: Unsere Jugend 7+8, S. 298–309. <https://reinhardt-journals.de/index.php/uj/article/view/154602> (abgerufen am 13.12.2022)

LVZ – LEIPZIGER VOLKSZEITUNG (23.1.2023): Von wegen Krise: Landkreis sichert sich drei bedeutende Ansiedlungen. <https://www.lvz.de/lokales/leipzig-lk/borna/landkreis-leipzig-landrat-graichenstolz-auf-industrieansiedlungen-3VGWTOLOIKCWRJGYHBQIJLUPGU.html> (abgerufen am 03.02.23)

PAUTZKE, ANDREAS (2016): Leitfaden Jugendbeteiligung in Kommunen. https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/bbe_leitfaden_jugendbeteiligung_003.pdf (abgerufen am 13.12.2022)

SÄCHSGEMO – SÄCHSISCHE GEMEINDEORDNUNG (2022): <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/2754-Saechsische-Gemeindeordnung> (abgerufen am 20.02.2023)

SÄCHSLKRO – SÄCHSISCHE LANDKREISORDNUNG (2022): <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/3264-Saechsische-Landkreisordnung#p43a> (abgerufen am 13.12.2022)

SANDER, HENDRIK/SCHÜLER, ANNA/SIEBENMORGEN, BASTIAN (2021): Strukturwandel im mitteldeutschen Braunkohlerevier. Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_5–21_Strukturwandel.pdf (abgerufen am 13.12.2022)

SGB VIII – DAS ACHTE BUCH SOZIALGESETZBUCH – KINDER UND JUGENDHILFE (2022): https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/ (abgerufen am 13.12.2022)

STRASSBURGER, GABY/RIEGER, JUDITH (2014): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Weinheim

THÜRKO – THÜRINGER GEMEINDE UND LANDKREISORDNUNG (2003): <https://landesrecht.thueringen.de/bsth/document/jlr-KomOTH2003rahmen> (abgerufen am 20.02.2023)

UN-KRK – UN-KINDERRECHTSKONVENTION (1989): Übereinkommen über die Rechte des Kindes. https://www.unicef.de/_cae/resource/blob/194402/3828b8c72fa8129171290d21f3de9c37/d0006-kinderkonvention-neu-data.pdf (abgerufen am 13.12.2022)



Abkürzungsverzeichnis

BiSMit	► Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland
BLKG	► Bund-Länder-Koordinierungsgremium
BMBF	► Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	► Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BNE	► Bildung für nachhaltige Entwicklung
IASS	► Institute for Advanced Sustainability Studies
InvKG	► Investitionsgesetz Kohleregionen
KJRS	► Kinder- und Jugendring Sachsen
MIBRAG	► Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft
ÖPNV	► Öffentlicher Personennahverkehr
RIS	► Research Institute for Sustainability

Impressum

Copyright © 2023 Deutsches Jugendinstitut e. V.
Netzwerkbüro Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland – BiSMit
Witzgallstraße 2, 04317 Leipzig
Telefon: +49 (0) 341-993923-0

info@bismit.de
www.bismit.de

Herausgeber | Netzwerkbüro Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland – BiSMit

Projektleitung | Jenny Richter

Autor | Dr. Tom Hoyer

Grafisches Konzept und Layout | Kathleen Rothe, Leipzig

Gesamtherstellung | Saxoprint GmbH Dresden

Fotos | Titel: iStock.com/Ridofranz, S. 2: Markus Scholz

Auflage | 150 Exemplare

Stand | Juni 2023

Gesellschaftliche Veränderungsprozesse sind auf die Akzeptanz der Bevölkerung angewiesen. Die Identifikation mit einer sich im Wandel befindenden Region sowie die Legitimation politischer Entscheidungen lassen sich durch bürgerschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten unterstützen. Erfahrungen aus dem Strukturbruch infolge der deutschen Wiedervereinigung zeigen, dass es wichtig ist, die Bevölkerung bei der Ausgestaltung von Veränderungen einzubeziehen.

Die Gestaltung des Strukturwandels prägt besonders die Lebenswelt der heranwachsenden Generation. Die heutige Jugend in Fragen der Entwicklung ihrer Region einzubeziehen, ist daher von entscheidender Bedeutung. Dieser Bericht informiert über Herausforderungen und Lösungsansätze bei der Beteiligung junger Menschen zur Gestaltung ihres Lebensumfelds. Es werden Ergebnisse aus Ideenwerkstätten mit Schülerinnen und Schülern präsentiert und es wird diskutiert, welchen Auftrag und welche Reichweite Jugendbeteiligung bei der Mitgestaltung kommunaler, aber auch gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen vor dem Hintergrund des Strukturwandels haben kann.

Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für die Teilnahme an demokratischen Prozessen. Ebenfalls geben die Zukunftsvorstellungen der Jugendlichen Hinweise darauf, was sie von der Bildungslandschaft in einer Strukturwandelregion erwarten. Die Befunde dieses Berichts zeigen Handlungsfelder und Lösungsansätze mit Anknüpfungspunkten für weitere Kommunen in den Revieren. Darüber hinaus wird verdeutlicht, dass wichtige Aspekte des Strukturwandels auch über die Kohleregionen hinaus gemeinsam gestaltet werden sollten.

www.bismit.de